

---

**583/A(E) XXVII. GP**

---

**Eingebracht am 28.05.2020**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> Meri Disoski, Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller Kolleginnen und Kollegen

**betreffend „Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Corona-Krise“**

Die Corona-Krise hat uns Augen geführt, dass es insbesondere Frauen sind, die mit ihrer Arbeit maßgeblich dazu beitragen, dass unsere alltägliche Versorgung gewährleistet ist. Ob im Lebensmittelhandel oder in der Produktion, ob im Gesundheits- und Pflegebereich, in der Reinigung, in Krisenzentren, der Kinderbetreuung oder der Arbeit im Haushalt.

Die Krise war und ist nach wie vor insbesondere für Frauen eine enorme Herausforderung und eine neue Mehrfachbelastung: Home-Office, Kinderbetreuung und Heimunterricht bei gleichzeitig eingeschränkter Unterstützung durch Kinderbetreuungs- und Bildungsinstitutionen oder durch Angehörige, wobei die Verteilung von unbezahlter Arbeit unter Frauen und Männern bereits vor der Corona-Krise ungleich verteilt war, wie zahlreiche Studien belegen. Hinzu kommt ein erhöhtes Risiko für häusliche Gewalt.

Es wurden daher in den vergangenen Wochen und Monaten eine Reihe an Maßnahmen gesetzt, die insbesondere auch Frauen unterstützen:

- Die Stärkung des Gewaltschutzes durch eine Informations- und Sensibilisierungskampagne gegen Gewalt an Frauen
- Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Corona-Kurzarbeit und Sonderbetreuungszeit für Personen mit Betreuungspflichten bei Kindern und Behinderten (Kinder bis 14. Jahre bis zu 3 Wochen)
- Stärkung des Angebots zum seelischen Wohlbefinden (Paket für die Alltagsbewältigung und seelische Gesundheit in der Corona-Krise)
- Die Erleichterung des Zugangs zum Unterhaltsvorschuss
- Der Familienkrisenfonds für einkommensschwache Familien mit Arbeitslosenbezügen
- Der Corona-Familienhärteausgleich, der Familien, Kindern und insbesondere Alleinerziehenden hilft

„Frauenpolitik ist Gleichstellungspolitik“ – zu diesem Grundsatz bekennt sich die österreichische Bundesregierung in ihrem Regierungsübereinkommen. Erste Studien zu geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie (z.B. Woman at the core of the fight against COVID-19-crisis“ der OECD) warnen davor, dass die Corona-Krise bestehende Ungleichheiten kurzfristig verstärken könnte. Langfristig liegt hier jedoch auch das Potenzial, um die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Deshalb sollen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sowie der zu ihrer Bewältigung geschnürten Hilfs- und Unterstützungspakete zeitnah untersucht werden.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

### **Entschließungsantrag**

Die Bundesregierung wird ersucht, die derzeitigen Bemühungen rund um die Abfederung der Krise effizient fortzuführen und abschließend mögliche Auswirkungen anhand der verfügbaren Daten zu evaluieren, um mögliche Rückschlüsse auf geschlechterspezifische Auswirkungen ziehen zu können, ohne dadurch zusätzliche Verwaltungslasten durch die Datenaufbereitung entstehen zu lassen und allfällige entsprechend Initiativen zu setzen.

Zuweisungsvorschlag: Gleichbehandlungsausschuss